



Pressemitteilung des Landkreises Dillingen

Datum: 07.08.2017

Bündnis „Hochwasserschutz für unsere Heimat“ macht sich für weitere Verbesserungen beim „Hochwasserschutz Aktionsprogramm 2020plus an der Schwäbischen Donau“ stark!

Weitere Verbesserungen will das Bündnis „Hochwasserschutz für unsere Heimat“ beim Hochwasserschutzkonzept für die schwäbische Donau erreichen und dazu in den nächsten zwei Jahren den intensiven Dialog mit den Betroffenen suchen. Darauf verständigten sich die Bündnispartner um Landrat Leo Schrell und den Initiator des Bündnisses, MdL Georg Winter, bei ihrer jüngsten Sitzung.

Das „Hochwasserschutz Aktionsprogramm 2020plus an der Schwäbischen Donau“ sieht nach dem derzeitigen Arbeitsplan, der vom Wasserwirtschaftsamt Donauwörth fortlaufend fortgeschrieben wird, ein Gesamtkonzept bestehend aus mehreren Maßnahmepaketen vor. Dazu zählen beispielsweise neben Deichrückverlegungen, Maßnahmen des Grundschutzes an der Donau und an Nebengewässern sowie Untersuchungen zur optimierten Steuerung der Staustufen auch drei gesteuerte Rückhalteräume (Flutpolder) nördlich der Donau bei Leipheim sowie südlich der Donau bei Helmeringen und Neugeschüttwörth B.

Landrat Leo Schrell ist sich mit den beiden Stimmkreisabgeordneten Georg Winter und Wolfgang Fackler sowie den Bürgermeistern der Städte Gundelfingen (Miriam Gruß), Lauingen (Wolfgang Schenk), Dillingen (Frank Kunz), Höchstädt (2. BM Stephan Karg) und Wertingen (Willy Lehmeier) sowie der Gemeinden Blindheim (Jürgen Frank), Schweningen (Reinhold Schilling), Buttenwiesen (Hans Kaltner) und Tapfheim (Karl Malz) einig, dass Grundlage eines effektiven Hochwasserschutzes an der Donau und deren Zuflüssen eine gerechte Lastenverteilung sein muss. Die Schaffung weiterer Rückhalteräume an der Iller und den Zuflüssen der Donau sei dabei unverzichtbar.

Einig sind sich die Bündnispartner auch, dass es letztendlich dem Bündnis durch beharrlich vorgetragene und fundierte Forderungen gelungen sei, die Bayerische Staatsregierung von einer grundlegenden Änderung des ursprünglichen Konzeptes mit vier Flutpoldern nördlich der Donau zu überzeugen.

Ungeachtet dessen will das Bündnis auch künftig nicht locker lassen, wenn es darum geht, bis zur Einleitung des Raumordnungsverfahrens voraussichtlich in zwei Jahren Verbesserungen beim vorliegenden Gesamtkonzept zu erreichen. Dabei streben Schrell, Winter, Fackler und die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden unisono an

- den Rückhalteraum für Flutpolder auf die zwingend notwendige Fläche zu verkleinern, insbesondere beim Standort Neugeschüttwörth
- weitere Retentionsräume an den Zuflüssen zur Entlastung der Donau zu schaffen
- alternative Maßnahmen zur Entlastung der Donau zu fördern
- die Staustufen zu optimieren
- die Mitspracherechte durch Kommunen und Landkreis zu nutzen und
- eine Verbesserung der Hochwasservorsorge in den Kommunen und in der Bevölkerung zu erreichen

„Die Verbesserungen sollen dazu beitragen, im Falle eines Hochwassers die Funktionsfähigkeit der Region aufrechtzuerhalten“, betont Schrell und ergänzt: „Hochwasserschutz bedeutet Menschenschutz“.

Die Bündnispartner bekräftigten zudem ihr Bekenntnis zur Verantwortung für einen nachhaltigen und effektiven Hochwasserschutz an der schwäbischen Donau und sehen sich deshalb weiterhin als Anwalt der Region und der von den Planungen betroffenen Bevölkerung.

„Eine gerechte Lastenverteilung bedeutet allerdings neben der Verantwortung für die Unterlieger auch einen solidarischen Beitrag der Oberlieger“, unterstrich MdL Winter.

Die von einigen Interessensgemeinschaften initiierte Petition „Stoppt die Zerstörung unserer Heimat durch Flutpolder“ hat nach Meinung der Bündnispartner deshalb die falsche Zielrichtung. So richtet sich die Petition gegen den Flutpolder Leipheim, der als Bestandteil des Gesamtkonzeptes an der schwäbischen Donau einen wichtigen Beitrag zu einem besseren Hochwasserschutz für die Region Dillingen zur Folge hat und damit dem Grundgedanken der Solidarität gerecht wird.

Die Bündnispartner haben sich deshalb darauf verständigt, in den nächsten Wochen die betroffene Bevölkerung zielgerichtet und vor allem sachlich zu informieren. Dazu soll eine Informationsbroschüre erarbeitet werden, die voraussichtlich ab 21. August 2017 in den Rathäusern aufliegt und zudem in die Haushalte verteilt wird. Außerdem ist sie ab sofort auch online über die Internetseiten des Landkreises und der betroffenen Gemeinden abrufbar.

Prof. Dr. Robert Jüpner, der vom Bündnis beauftragt ist, im Rahmen der vom Wasserwirtschaftsamt Donauwörth gestarteten offenen Planung in den Facharbeitsgruppen mitzuwirken und die Forderungen des Bündnisses mit einzubringen, informierte die

Bündnispartner über den aktuellen Stand der Planung. Dabei betonte Jüpner, dass maßgebliche Forderungen des Bündnisses aufgegriffen worden seien.

So befinden sich die für das Raumordnungsverfahren erforderlichen technischen Untersuchungen und Umweltplanungen in europaweiter Ausschreibung. Die Vergabe wird im Oktober 2017 abgeschlossen. Die numerischen Modelle (Hydrologie, Hydraulik, Grundwasserhydraulik und Morphologie) von Neu-Ulm bis zur Lechmündung sind bereits seit 2016 durch beauftragte Fachbüros in Bearbeitung. Auf einer Facharbeitsgruppen-Sitzung im WWA Donauwörth wird im September 2017 über den Projektstand berichtet.

Darüber hinaus informierte Prof. Jüpner, dass für die Untere Iller eine Bedarfsplanung analog der Untersuchungen an der Donau mit Ermittlung vorhandener Rückhaltepotentiale in Vorbereitung ist. Die dazu laufende Ausschreibung der Ingenieurleistungen soll mit der Beauftragung eines Fachbüros noch in 2017 abgeschlossen werden. Die abschließenden Ergebnisse sollen im Herbst 2018 vorgestellt werden.

Zudem sei die Modelluntersuchung zur Optimierung der Staustufenbewirtschaftung durch das Landesamt für Umwelt Bayern beauftragt worden und weit voran geschritten. Entlang der Schwäbischen Donau seien insgesamt zehn Staustufen betrachtet worden. Der Abschluss des Vorhabens sei im Herbst 2017 zu erwarten.

H u r l e r